Die zweite Amtszeit von Präsident Donald Trump ist von einer Vielzahl juristischer Auseinandersetzungen geprägt, die sowohl die Regierung als auch den Präsidenten persönlich betreffen. Diese Verfahren erstrecken sich über verschiedene Ebenen des Rechtssystems und haben potenziell weitreichende Auswirkungen auf die politische Landschaft der Vereinigten Staaten.

Einstellung von Bundesverfahren gegen Trump

Im Vorfeld seiner Amtseinführung im Januar 2025 sah sich Donald Trump mit mehreren Bundesanklagen konfrontiert. Sonderermittler Jack Smith leitete Ermittlungen wegen versuchten Wahlbetrugs und des unsachgemäßen Umgangs mit geheimen Regierungsdokumenten. Kurz nach Trumps Wahlsieg im November 2024 beantragte Smith jedoch die Einstellung dieser Verfahren mit der Begründung, dass das Justizministerium traditionell keine strafrechtlichen Schritte gegen amtierende Präsidenten unternimmt. Die zuständigen Gerichte gaben diesen Anträgen statt, was bedeutete, dass Trump ohne die Belastung dieser Bundesverfahren seine zweite Amtszeit antreten konnte.

Schweigegeldprozess in New York

Parallel dazu lief in New York ein Verfahren gegen Trump wegen einer Schweigegeldzahlung in Höhe von 130.000 US-Dollar an die Pornodarstellerin Stormy Daniels. Im Mai 2024 wurde Trump in diesem Zusammenhang in 34 Anklagepunkten für schuldig befunden. Die Verkündung des Strafmaßes wurde jedoch mehrfach verschoben. Im Januar 2025 entschied Richter Juan M. Merchan schließlich, Trump ohne Strafe aus dem Verfahren zu entlassen, was ihm den Antritt seines Amtes ermöglichte. Diese Entscheidung stieß auf breite öffentliche Diskussionen über die Integrität des Justizsystems und die Gleichbehandlung vor dem Gesetz.

Verfahren in Georgia wegen Wahlbeeinflussung

Ein weiteres bedeutendes Verfahren lief im Bundesstaat Georgia, wo Trump vorgeworfen wurde, unzulässigen Druck auf Wahlbeamte ausgeübt zu haben, um das Ergebnis der Präsidentschaftswahl 2020 zu seinen Gunsten zu ändern. Trumps Anwälte argumentierten, dass ein amtierender Präsident Immunität gegenüber solchen Anklagen genieße, und forderten die Einstellung des Verfahrens. Die juristische Auseinandersetzung darüber ist weiterhin im Gange und könnte Präzedenzfälle für die zukünftige Auslegung präsidentieller Immunität schaffen.

Juristische Auseinandersetzungen um Regierungsentscheidungen

Neben den persönlichen Verfahren gegen Trump sieht sich seine Regierung mit mehreren Klagen gegen politische Entscheidungen konfrontiert. Ein Bundesrichter stoppte vorläufig die geplante Entlassung von über 2.000 Mitarbeitern der US-Entwicklungshilfebehörde USAID. Die Gewerkschaften AFSA und AFGE hatten geklagt und argumentiert, dass eine derartige Maßnahme ohne Zustimmung des Kongresses verfassungswidrig sei. Diese Entscheidung unterstreicht die Bedeutung der Gewaltenteilung und die Rolle der Justiz als Kontrollinstanz gegenüber der Exekutive.

Einschränkung der Geburtsrecht-Staatsbürgerschaft

Ein weiteres kontroverses Dekret der Trump-Regierung zielte darauf ab, das Recht auf Staatsbürgerschaft durch Geburt für bestimmte Gruppen einzuschränken. Ein Bundesrichter im Bundesstaat Washington blockierte dieses Dekret mit der Begründung, es sei „eklatant verfassungswidrig“. Die Entscheidung wurde von vielen als Sieg für die Verfassung und die Rechte der in den USA geborenen Personen angesehen.

Entzug von Sicherheitsfreigaben

Zusätzlich zu den genannten Verfahren hat Präsident Trump mehreren ehemaligen Regierungsmitgliedern, darunter Ex-Außenminister Antony Blinken und dem früheren Nationalen Sicherheitsberater Jake Sullivan, die Sicherheitsfreigaben entzogen. Auch ehemaligen Staatsanwälten, die an Verfahren gegen Trump beteiligt waren, wurden die Freigaben entzogen. Diese Maßnahmen wurden von Kritikern als politisch motiviert und als Versuch gewertet, Gegner mundtot zu machen.

Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof

In der internationalen Arena hat die Trump-Regierung Mitglieder des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) mit Sanktionen belegt. Betroffen sind insbesondere jene, die an Ermittlungen gegen US-Bürger oder Verbündete der USA beteiligt sind. Diese Entscheidung hat international für Aufsehen gesorgt und wirft Fragen über das Engagement der USA für internationale Rechtsnormen auf.

Die Vielzahl und Komplexität der juristischen Auseinandersetzungen, denen sich die Trump-Regierung gegenübersieht, sind beispiellos in der jüngeren amerikanischen Geschichte. Sie werfen grundlegende Fragen über die Balance zwischen Exekutive und Judikative, die Reichweite präsidentieller Immunität und die Integrität demokratischer Institutionen auf. Die kommenden Monate werden entscheidend sein, um zu beobachten, wie diese Konflikte gelöst werden und welche langfristigen Auswirkungen sie auf das amerikanische Rechtssystem und

die politische Kultur haben werden.

Autor: P. Tiko